

Danziger



Beitrag

General-Anzeiger für Danzig sowie die nordöstlichen Provinzen. Fernsprech-Anschluss für unser Berliner Bureau: Amt IV, Nr. 397.

Nr. 23027.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. Sie bringt als Sonntagsbeilage die „Danziger Fideles Blätter“ und den „Westpreussischen Land- und Hausfreund“. Das Abonnement beträgt vierteljährlich bei Abholung von der Expedition und den Abholstellen 2 Mk., bei täglich zweimaliger Zustellung durch unsere Botenfrauen 2,60 Mk., bei Abholung von der Post 2,25 Mk., bei täglich zweimaliger Zustellung durch den Postboten 2,75 Mk. Inzerate kosten für die siebenzeigspaltene gewöhnliche Schriftzeile ober deren Raum 20 Pf. Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inzerationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1898.

Die Frage der Weichselregulierung im Abgeordnetenhaus.

Eine für unsere Provinz besonders wichtige Frage, die der weiteren Regulierung der Weichsel, war es, die am Dienstag das preussische Abgeordnetenhaus beschäftigte. Da die bisher in der Presse darüber veröffentlichten Berichte nur ein unvollkommenes, wenn nicht theilweise unzutreffendes Bild davon zu geben geeignet waren, nehmen wir Veranlassung, auf die für uns Weichselanwohner so bedeutungsvolle Angelegenheit des näheren zurückzukommen und einen ausführlichen Bericht nach dem Wortlaute des eben erst im Druck erschienenen und uns gestern zugegangenen amtlichen Stenogramms nachzutragen. Die Debatte wurde angeregt durch den Vertreter von Elbing-Marienburg und nahm folgenden Verlauf:

Abg. v. Puthamer-Plauth:
Als ich im vorigen Jahre an den Minister die Frage richtete, wie es mit der weiteren Regulierung der Weichsel steht, da wurde mir geantwortet, daß die Regierung und alle Instanzen, die dabei mitwirken hätten, vollständig darin übereinstimmen, daß die Weichsel weiter reguliert werden sollte und müßte, und daß die Regierung nunmehr in ihren Vorbereitungen so weit gediehen sei, daß in Verhandlung mit den Interessenten getreten werden solle. Somit mir bekannt, hat die Staatsregierung auch an die Provinz das Ansuchen gerichtet, sich bei den weiteren Meliorationsarbeiten der Weichsel finanziell zu beteiligen, und der Provinzialausschuß von Westpreußen hat diese Forderung abgelehnt. Wenn die Provinz sich an der Sache beteiligen hätte, so hätte das in die Provinzialverwaltung ein ganz neues Moment hineingeführt. Es handelt sich doch immer um den bevölkerlichsten und wohlhabendsten Theil der Provinz, während wir bekanntlich auf dem linken Weichselufer in der Provinz Westpreußen eine Anzahl von Kreisen haben, die zu den ärmsten der ganzen Provinz gehören. Wenn also die Provinz sich in diesem Falle an den Weichselregulierungsarbeiten beteiligen hätte, so hätte sie zu Gunsten des wohlhabendsten und fruchtbarsten Theiles der Provinz Mittel ausgegeben, und die hätten mitabzuzahlen werden müssen von einem großen Theil derjenigen Kreise, von denen sich das hohe Haus wohl vorstellen kann, daß der Anbau dort die einzige Grundlage der Existenz ist, wie es dort in diesen Jahren vorgeht. Also das konnte und mußte unter diesen Umständen von der Provinzialverwaltung abgelehnt werden.

Nun hat die Regierung auch mit den beteiligten Weichselanwohnern Unterhandlungen angeknüpft. Es kommen da drei Weichselverbände wesentlich in Betracht: der Weichselverband der Danziger Niederung, der Weichselverband des großen Marienburger Werders und der Weichselverband der rechtsseitigen Rogaliederung. Soweit mir bekannt geworden ist, hat der Weichselverband der Danziger Niederung bereit erklärt, eine namhafte Summe für die Weiterregulierung der Weichsel beizusteuern. Es ist dies auch ausdrücklich erklärt, daß der unmittelbare Nutzen von der Weichselregulierung, wie sie bisher schon ausgeführt ist, diesem Weichselverband hauptsächlich zu gute gekommen ist. Außerdem ist er am längsten von Durchschnitten und Ueberschwemmungen verschont geblieben und befindet sich in einem verhältnismäßig günstigen Zustande der Prosperität und Wohlhabenheit. Der Elbinger Weichselverband ist der leistungsfähigste. Er leidet noch heute trotz der wohlwollenden und reichlichen Unterstützung, die er von der Staatsregierung nach der Katastrophe vom Jahre 1886 erhalten hat, an den Nachwehen derselben. Zudem ist er erheblich belastet mit extraordinären Abgaben, die den anderen Weichselverbänden nicht zufallen. Es kommt noch hinzu, daß der Weichselverband der rechtsseitigen Rogaliederung von den bisherigen Arbeiten am wenigsten profitirt hat, daß namentlich das Eiswehr, welches

bei Pöckel in Aussicht genommen war, und welches hauptsächlich den Rogaliederwohnern die Sicherheit bieten sollte, immer noch nicht ausgeführt ist. Aber die Leute steifen sich natürlich darauf und sagen: wir haben zu der ganzen Melioration beigetragen in der Hoffnung und in der Voraussetzung, daß dieses Eiswehr gebaut würde, und daß dadurch auch für uns eine besondere Verwahrung vor Unglücksfällen geschaffen würde. Also an diesen Verband würde ich die Staatsregierung bitten keine so großen Forderungen zu stellen. Denn erstens ist er am schwersten durch die letzte große Ueberschwemmung betroffen, zweitens hat er am wenigsten von den bisherigen Arbeiten gehabt, und drittens ist er viel weniger leistungsfähig, als die anderen Verbände. Der Marienburger Weichselverband soll eine Beteiligung abgelehnt haben. Ich würde es bauen, wenn er auf diesem Standpunkt beharren und dadurch die ganze Sache auf lange Zeit hinausziehen, ja sogar vielleicht unmöglich machen würde. Ich habe die Hoffnung, daß, wenn die Staatsregierung dem Marienburger Weichselverband etwas entgegen nähertreten wird, er sich wohl entschließen wird, zu dieser Melioration eine Zusage zu geben, entsprechend dem Nutzen, den er von der Sache hat. So viel ich gehört habe, sind die ganzen Kosten auf 8 bis 9 Millionen Mk. veranschlagt, und die Staatsregierung hat sich wohl bereit erklärt, 5 Millionen beizutragen, und von den betreffenden Verbänden und der Provinz die Aufwendung von 3 bis 4 Millionen verlangt. Ich würde nun der Meinung sein, daß in Anbetracht der großen Opfer, die die Niederungsbewohner für das erste Project gebracht haben, und in Anbetracht der schweren Zeiten, die überhaupt auf der östlichen Landwirthschaft lasten, endlich in Anbetracht, daß jetzt andere große Projecte geplant werden, die weit über das nächste Bedürfnis hinaus Wohlhabenheit zu stiften bestimmt sind in anderen Provinzen und Gegenden, denen es besser geht als uns — die Regierung ein Uebrigtes thun sollte. Ich erinnere nur an die große Kanalprojecte, die noch immer in der Luft schweben, und über die sogar die Ansichten sehr getheilt sind. Es giebt bekanntlich viel Leute aus dem Gebiet der Landwirthschaft, die von diesen Kanalprojecten nichts wissen wollen. Für diese Projecte sollen große Summen aufgewendet werden, und man sollte daher nicht jagen, eine verhältnismäßig geringe Summe aufzuwenden, die ein Werk vollenden und krönen würde, für welches schon über 20 Millionen ausgegeben sind, und welche, wenn dies nicht geschieht, nutzlos ausgegeben wären; denn die bisherigen Arbeiten an der Unterweichsel gehen keinesfalls eine Gewähr dafür, daß ähnliche Katastrophen, wie sie im Jahre 1886 eingetreten sind, nicht wieder eintreten können. Der untere Lauf der Weichsel ist ja geschützt; aber von dort an, wo die bisherige Melioration aufhört, bis zur Theilung der Weichsel, und ebenso in der Rogaliederung, kann jeden Augenblick wieder eine Katastrophe eintreten; das würde durch die bisherigen Arbeiten in keiner Weise gehindert werden. Also ich bitte den Herrn Minister um gütige Auskunft, ob das alles so ist, wie ich es hier vorgetragen habe, und, wenn alles so ist, dann bitte ich, daß die Staatsregierung durch diesen ersten möglichen Versuch bei den Interessenten sich nicht ablehnend verhalten möchte, diese Sache weiter zu verfolgen, und zwar recht energisch zu verfolgen. Dann meine Hauptbitte: wenn es der Fall ist, daß sie nur 5 Millionen geben will und ungefähr 4 Millionen von den Interessenten verlangt, daß sie dann ihre Hand etwas weiter aufhoben und vielleicht noch 1—2 Millionen zu den 5 Millionen zulegen möchte, damit die Interessenten nicht so schwer belastet werden. (Bravo! rechts.)

Minister Thielen:
Für die Weichsel ist bisher nicht gehandelt worden. Es wird aber auch in Zukunft für die Weichsel nicht gehandelt werden; es ist ja auch bereits für die Fortführung der Regulierung des Hochwasserprofils der Weichsel ein Project aufgestellt worden, dessen Ausführung einen hohen Kostenpunkt erfordert. Der Staat hat sich bereit erklärt, einen sehr erheblichen

Theil der Kosten für dieses Project aufzubringen — fünf Millionen sind genannt worden — wenn die zunächst interessirten Verbände und Corporationen auch ihrerseits ihr Interesse an der Weiterregulierung durch einen angemessenen Beitrag bekunden. Im allgemeinen kann ich nur sagen, Herr v. Puthamer-Plauth ist durchaus zutreffend informiert über die thatsächliche Lage der ganzen Angelegenheit. Auf Grund des Projectes sind die Verhandlungen angeknüpft worden mit den Interessenten und Verbänden; aber leider haben sich die finanziellen Erwartungen, die an diese Verhandlungen geknüpft worden sind, nicht erfüllt. Es ist im allgemeinen angenommen worden seitens der Staatsregierung, daß die Verbände zu den Kosten der Weiterregulierung etwa drei bis vier Millionen aufzubringen hätten. Von diesen drei Millionen sind bisher 1 700 000 Mk. auch wirklich zusammengebracht worden und zwar im wesentlichen von denjenigen Verbänden, die als die schmäheren in ihrer Leistungsfähigkeit angesehen werden können, während der sehr leistungsfähige Verband des Marienburger Werders sich, wenn auch nicht durchaus ablehnend, so doch wenig willfährig verhalten hat, andere Verbände aber eine durchaus negirende Haltung angenommen haben.

Ich bin daher gern geneigt, dem Wunsche des Herrn v. Puthamer-Plauth auch zu entsprechen, einen festen Druck auf den Marienburger und die übrigen noch zurückhaltenden Verbände auszuüben, insbesondere aber die Verhandlungen nicht abbrechen. Die Staatsregierung erkennt es durchaus an, daß die Fortführung der Weichselregulierung von der allergrößten Bedeutung für die Provinz ist.

Abgeordneter Ehlers:
Ich kann über die Erklärung des Herrn Ministers nur meine Freude aussprechen, — zugleich den Wunsch, daß die in Aussicht genommene weitere Verhandlung mit einem etwas bereitwilligeren Entgegenkommen seitens der Staatsregierung geteilt sein möge, und daß namentlich eine Principienfrage, die hier sehr ungünstig einwirkt, lieber ausgeschieden wird, das ist die Frage der Beteiligung der Provinz. Das ist, wie werden aus dem Staats wissen, daß die Weichsel heutzutage sehr viel Geld kostet. Dieser Strom ist Jahrhunderte hindurch außerordentlich vernachlässigt worden; er leidet noch heute unter einem Mangel, der die preussische Regulierung an der Grenze aufhört, und der obere Theil in Rußland beziehungsweise auf österreichischem Gebiet bisher nicht mit der Sorgfalt regulirt wird wie die wünschenswerthe wäre. Man hat sich in früheren Zeiten zu helfen gesucht mit anderen Dingen als dem Aufwand von Geld; man hat früher, sowohl in der polnischen Zeit, wie später auch unter preussischer Herrschaft, gestaubt, durch königliche Befehle und Anschläge helfen zu können. Die schwierigste Frage, um die es sich handelt, ist die Stromheilung der Rogaliederung der Danziger Weichsel. Nun hat man früher geglaubt, durch Verordnungen das ordnen zu können, inwiefern die Rogaliederung der Danziger Weichsel das Wasser und den Eisgang aufzunehmen hätten. Das ist zuerst durch den sogenannten Königspfad gesehen, der durch einen polnischen König gefehlt und auf dem durch Anschlag verfügt wurde; es sollen ein Drittel des Wassers und des Eisganges in die Rogaliederung und zwei Drittel die Weichsel hinab nach Danzig. In der späteren Zeit sind aus politischen Gründen Anordnungen dieser Art beliebt worden; die Danziger waren mißliebige, und es wurde da verfügt, daß zwei Drittel nach Elbing zu gehen hätten und ein Drittel nach Danzig. Die Weichsel hat sich diesen Anordnungen gegenüber ziemlich hinhaltend verhalten, und es ist auch heute noch nicht mit Sicherheit festzustellen, welche Aufnahmefähigkeit die beiden Fluarme haben, und welchen Weg sich das Wasser und der Eisgang suchen. Nun ist ein großartiges Regulierungsproject aufgestellt worden, das allerdings noch einen Mangel hat, den, ich kann mir nicht anders helfen, ich nur auf die Unentschiedenheit zurückzuführen kann. Man hat sich bisher nicht entschließen können, klipp und klar auszusprechen, daß die Strom-

mündung in einen einheitlichen Lauf zusammengefaßt werden müsse bis zur See, und daß daher die Rogaliederung geschlossen werden müsse. Den Herren, die länger in diesem hohen Hause sind, wird ja bekannt sein, welche Interessen speciell seitens der Stadt Königsberg mit Rücksicht auf die Spülung des Pillauer Hafens in dieser Hinsicht geltend gemacht worden sind. Das Gesetz von 1886 hat dann einen Mittelweg gewählt und das sogenannte Eiswehr bei Kitzelschleife beschlossen. Heute ist wohl kein Techniker und Sachverständiger, wenn er auch nicht Techniker ist, darüber im Unklaren, daß dieses im Gesetz von 1886 vorgesehene Eiswehr, wenn es wirklich hergestellt würde, seinen Zweck nicht erfüllen würde. Nun ist der andere Theil des Stromes durch die Anlage einer neuen Mündung regulirt, und diese Regulierung ist unter außerordentlich günstigen und erfreulichen Umständen vor sich gegangen. Aber wer die Geschichte der Weichsel kennt, wird keinen Augenblick darüber im Zweifel sein können, daß jetzt der Moment gekommen ist, wo etwas Ganzes gemacht werden muß, oder wir müssen uns darauf gefaßt halten, daß nach einigen Jahrzehnten die großen Aufwendungen, die jetzt gemacht sind, wieder nutzlos sein werden. Bei den Regulierungsarbeiten an der Weichsel ist ohne Zweifel dadurch viel Geld unnütz aufgewendet worden, daß man große Summen verausgabt hat und dann auf dem halben Wege stehen geblieben ist; und so liegt es ohne Zweifel auch heute, wenn dieses große Regulierungsproject, das auf Grund des Gesetzes von 1886 gemacht ist, nicht durchgeführt wird bis zur Stromheilung bei Pöckel; und wir glauben, wenn nicht zunächst das ganze Hochwasserprofil der Danziger Weichsel regulirt wird, wie es jetzt unterhalb Genthin, unterhalb Dirschau bereits regulirt ist, um es aufnahmefähig zu machen für die ganzen Wasser- und Eismassen der ungetheilten Stromes und die Rogaliederung von dieser Last zu befreien, daß dann mit Sicherheit darauf gerechnet werden darf, daß nach zwanzig oder dreißig Jahren — so sehr rasch geht das ja nicht — wieder einige Vorgänge sich ereignen, wie sie anfangs der achtziger Jahre eingetreten waren und zu den Anordnungen des Gesetzes von 1886 geführt haben. Es ist über die Nothwendigkeit dieses Projectes eigentlich keine Meinungsverschiedenheit; aber es ist das eingetretene, woran wir in Preußen und im Reich so außerordentlich leiden, daß, wenn man eine Sache für nothwendig und rationell hält, die schwierige Frage aufgeworfen und durchgehämpt wird, in welchem Maße die einzelnen Interessenten an den Kosten dieser Sache zu beteiligen sind. Da nun jeder dieser Theile die rechtliche Absicht hat, vom preussischen Finanzminister bis zum letzten Weichselanwohner, so wenig wie möglich zu geben, so ist das Ergebnis sehr leicht das, daß aus der ganzen Sache gar nichts wird. Das wäre in diesem Fall sehr bedauerlich; und in der That war die Situation im Herbst des vorigen Jahres bereits so gekommen, daß veräußert werden mußte, die Verhandlungen würden einfach ad acta gelegt werden und das Project das im wesentlichen vorliegt, nicht mehr zur Ausführung kommen. Es wird sich ja nun sehr schwer feststellen lassen, ob bei dem Project von neun Millionen Mark der preussische Staat fünf Millionen und die Beteiligten vier Millionen, oder ob der preussische Staat sieben Millionen und die Beteiligten zwei Millionen aufzubringen haben; nach welcher Formel man das zweifelsfrei erledigen könnte, weiß ich nicht. Es hat sich aber doch eine gewisse Basis für die Berechnung ergeben, speciell durch das Anerbieten des Herrn v. Puthamer erwähnten Danziger Weichselverbandes, der den Anforderungen der Regierung weiter entgegengekommen ist, als die anderen Weichselverbände, — nicht etwa, wie Herr v. Puthamer meint, weil er es sich leisten kann und ihm die Sache am meisten nützt. Wenn das im Danziger Werder bekannt wird, so kann ich Herrn v. Puthamer versichern, daß man das als eine Beleidigung auffassen wird. Der Rothlauf ist selbstverständlich im Danziger Weichselverband nach Ansicht der dortigen Landwirthe durchaus nicht geringer als in anderen Gegenden der Weichselniederung; aber die Sache lag folgendermaßen. Diese Weichselverbände sind gezwungen, wenn die Regulierung es verlangt, ihre Weichsel zu normalisieren und zwar

Feuilleton.

(Nachdruck verboten.)

Die blonden Frauen von Ulmenried.

Eine Familiengeschichte aus vier Jahrhunderten

von

18) Eufemia v. Adlersfeld-Ballestrem.

Gustav Adolf erwiderte auf das Bekenntniß, oder besser gesagt, auf die trockene Mittheilung Ogenstjerna's, daß er Zeuge seiner Unterredung mit Christine gewesen sei, nichts — es schien ihm kaum peinlich zu berühren. Kannte er doch seinen weisen, staatsklugen und wahrhaft realistischen Kanzler zu gut, um ihm irgend welches falsche Motiv zuzuschreiben, und er mußte im Augenblick, was dieser sein besser und treuester Freund bemerkt hatte. Doch fühlte er es heraus, daß Ogenstjerna dem Erscheinen Christines mißtraute, so fühlte diese es noch weit deutlicher und hob, da sie sich selbst nur einer kühnen That hingebender Liebe und grenzenloser Ergebenheit bewußt war, stolz ihr Haupt vor dem verhassten Zerföhler ihres Glückes, denn nach Frauenart hielt sie sich nur an die Thatsache und wollte von den Beweggründen, die diesen treuen Diener seines Königs und seines Vaterlandes dazu im Vollbewußtsein seiner Pflicht gezwungen hatten, nichts gelten lassen und auch nichts wissen. Was den König für den Moment zurückhielt vom Sprechen, war also nicht des Kanzlers unerwartetes Erscheinen — es war das eben Gedachte, das er in sich verarbeiten mußte. Doch da er mußte, daß man eine Aeußerung seinerseits erwartete, und das durchdringende Auge Ogenstjerna's auf sich gerichtet wußte, so sagte er endlich kurz und geschäftsmäßig:

„Es ist heut zu spät — wir selbst fühlen uns übermüdet und bedürfen der Ruhe. Dasselbe wird die Frei frau empfinden. Ihr sorgt wohl dafür, Ogenstjerna, daß ihr ein Zeit angemessen wird —

morgen in aller Frühe wollen wir das überbrachte Schreiben beantworten.“

Er winkte mit der Hand — Christine und der Kanzler waren entlassen. Der Letztere reichte draußen der todtblaffen Frau seinen Arm und schritt mit ihr durch das Lager, sinnend und von Zeit zu Zeit einen sorgenden Blick auf seine Begleiterin werfend, die stumm und in sich gekehrt, sich ruhig leiten ließ, wovon man wollte — ihr Gesicht war fern, fern dieser Außenwelt mit ihrem bunten Lagerleben. Endlich ward auf Befehl des Kanzlers ein kleines Zell geräumt, ein Lager hergerichtet und der Wunsch einer „guten Nacht“ klang an ihr Ohr.

„Ihr werdet übermüdet sein“, bemerkte Ogenstjerna dazu, indem er seine Feindin nicht ohne Theilnahme betrachtete. „Wie konntet Ihr, eine junge Frau, diesen Akt unternehmen? Ihr habt Euch zuviel zugetraut, fürchte ich.“

„Ich wollte, ich hätte mich getödtet, ehe ich hierherkam!“ brach Christine los.

„Wolltet lieber, Ihr hättet Eure Zeitungen klüger angebracht“, erwiderte der Kanzler trocken. „Ihr kennt den König nicht, oder habt es vielmehr vergessen, wie er geartet ist. Zu mir müßtet Ihr kommen, Frei frau v. Ulmenried, wenn Ihr das schöne Geschlecht des Denuncians schon einmal übernehmen wolltet. Ich konnte anders vorgehen, als der König mir jetzt erlauben wird — er wird und muß nach dem Wortlaut des überbrachten Schreibens handeln und nicht nach der gegenheiligen, abenteuerlichen Geschichte, die Ihr ihm erzählt. Außerdem — bringt Ihr uns Beweise? Natürlich nicht — ich dachte es mir gleich! Und wenn wir Euch morgen von dannen lassen, so ist dies eine Gnade des Königs, die — Ihr nur den vergangenen Tagen zu danken habt; — eine Andere als Ihr wäre einfach in schwedischer Gefangenschaft zurückgelassen und die geforderte Erklärung Eurer ungläublichen Mär hätte Chursachsen sehr befriedigend ertheilt, seid dessen sicher! Ihr habt viel von Eurer früheren diplomatischen Begabung verlernt, Frei frau von

Ulmenried, denn wolltet Ihr den Anschlag Eures jetzigen Vaterlandes an Schweden erreichen und erzwingen, so müßtet Ihr Tilly Eures Legende erzählen, nur mit der Variation, daß Chursachsen allen Ernutes mit uns ein Bündniß sucht. So hättet Ihr dem Könige gedient, ohne daß er's wußte, mit welcher schändlichen Mitteln. Und nun gehabt Euch wohl, schöne Frau, und dankt Gott, daß Eure Unüberlegtheit Euch vor einer unschönen That und deren schlimmsten Folgen bewahrt hat!“

Und Christine war allein — allein mit sich und dem braudenden, wilden, wahnfinnigen Strom ihrer Gedanken. Was hatte der Kanzler ihr gesagt? Sie wiederholte sich seine Worte und die des Königs und dabei ward es ihr immer wirrer und wirrer zu Sinn. Verwirrungsvoll sagte sie sich, daß sie ihre „Mission“ verfehlt habe, dem Helden ihrer Träume einen Dienst zu leisten, für dessen Dankeswort aus seinem Munde sie Jahre ihres Lebens freudig dahingegeben hätte. Wie konnte sie wieder gut machen, was sie heut verfehlt? Und das nimmer in ihr schlummernde Verlangen, für den König, ihr Ideal, eine große That zu thun, wuchs in ihrem Herzen riesengroß empor und steigerte sich heute, wo ihre Nerven überreizt und ihre Pulse im Fieber körperlicher Ueberanstrengung schlugen, zu krankhafter Höhe. Sie konnte, sie durfte nicht zulassen, daß der König von Schweden verrathen und hintergangen wurde, wie sie es in ihrer Exaltation nannte, denn was ihr anderen gegenüber als erlaubte Kriegslust, zu welcher die nachtheilige Nothwendigkeit zwang, erschienen wäre, das galt ihr dem gegenüber, von dem sie nun wußte, daß er sie nicht vergessen, daß er sein Kind mit ihrem Namen genannt, als ein Verrath, den in alle Welt hinauszufragen sie für ihre Pflicht hielt. Denn die mehr als zehnjährige Trennung hatte ihre Gefühle nicht gekühlt und kühlter gemacht — o nein! Unter der Maske äußerlicher Unnahbarkeit hatte sie sich einer

Schwärmerei hingeeben, welche bis zur Ueberspanntheit wuchs, hatte sie einen Cultus ihrer verlorenen Jugendliebe errichtet, der sie erst des Freiherrn v. Ulmenried Werdung ohne Bemühen des von ihr dadurch an demselben begangenen Unrechtes annehmen ließ, und sie, die sie sich nicht als Sünderin, sondern als Opfer fühlte, bis hierher in das Lager Gustav Adolfs geführt. Heute giebt es wohl kaum noch solche Naturen, und wenn es auch wirklich noch welche giebt, bei denen die Jahre nicht lindern, sondern die einmal empfangene Wunde immer schmerzlicher machen, so sind doch Charaktere wie der der Frei frau v. Ulmenried außerordentlich selten. Die Zeit, in welcher sie lebte, litt — und fehlte. Und hätte Franz Albrecht von Ulmenried ihr mit seiner ruhigen, liebevollen Zuwendung auch nur einen Schimmer von Liebe eingefloßt, so wäre alles anders gekommen, aber sie blendete ihre Augen gegen seine Bortüge — sie wollte nur ihrem Jdöl leben und wirken und rücksichtslos benutzte sie als Boden dazu, was ihr geeignet schien. Und sie fand keine Ruhe in ihrem einsamen Zelle. Die Hände ringend schritt sie in dem engen Raume unablässig auf und nieder, bis die Vorböten der Morgendämmerung sich schon durch die Ritzen des Zelltores schoben und einen gersthaften Schein auf ihre blaffen Wangen warfen. Da kam ihr plötzlich ein Gedanke — „Tilly!“ Hatte Ogenstjerna sie darauf leiten wollen? Hatte er ihr sagen wollen, welchen Weg sie noch betreten konnte, um dem Könige den ersehnten Dienst zu leisten? Wäre Christine unbefangenen dem Kanzler gegenüber gewesen, so hätte sie sich vermög ihrer bessere: Einfach sagen müssen, daß derselbe klug, aber nicht arglistig war, daß ihm sicher nichts ferner lag, als sie auf eine Bahn zu drängen mit einigen unabsichtlichen schmeichenden Worten, die auf einen fruchtbareren Boden fielen, und sie zu einer That zu verleiten, welche Blutschuld und ewige Reue auf ihre Seele lauten sollte. (Fortsetzung folgt.)

so wie sie heute liegen. Diese Normalisirung der Deiche, d. h. die Verklärung und Erhöhung der Deiche auf das vorgeschriebene Maß, würde, B. beim Danziger Deichverband ca. 600 000 Mk. erfordern. Nun habe ich meinen Kollegen im Reichstag gesagt: weshalb wollen wir 600 000 Mark ausgeben, um einen Deich, der eine unglückliche Lage hat, mit Deichungen und Deichweilen zu normalisieren, wenn wir dadurch, daß wir noch 300 000 Mark zulegen für das gesammte Project, die Möglichkeit gewinnen können, den Deich zu normalisieren innerhalb einer rationalen Lage, d. h. ihn nicht bloß zu normalisieren, sondern auch zu regulieren, zu verlegen entsprechend dem rationalen Hochwasserprofil. Ich glaube, daß dies Anerbieten, das von uns gemacht ist, den thatsächlichen Verhältnissen entspricht. Der Danziger Deichverband kann seine Deiche mit 600 000 Mark in Ordnung bringen, sie haben dann aber nicht eine so gute Lage, als wenn das Project der Stromregulierung ausgeführt wird. Der Schaden, wenn das Project nicht ausgeführt wird, — darin irrte ich, glaube ich, Herr v. Pultkammer — wird nicht vor allem dem Danziger Deichverband treffen, sondern hauptsächlich den Marienburger und den Elbinger. Ich hoffe daher, daß diese Deichverbände eine ähnliche Rechnung sich machen werden, und daß auf dieser Basis dann ein Vergleich zwischen den Interessenten und dem Herrn Finanzminister — denn von dem hängt die Sache doch am letzten Ende ab; ich glaube, der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten wird in diesem Falle entgegenkommender sein — zu Stande kommen wird. Wenn das nicht geschieht, meine Herren, dann werden ja der Herr Finanzminister oder das Staatsministerium vielmehr sagen: ja, es geschieht nicht, weil die Interessenten nicht genug beitragen wollen — und die Interessenten genug nachher sagen: es geschieht nicht, weil an uns Anforderungen gestellt sind, die weit über unsere Leistungsfähigkeit hinausgehen; die Beiträge, die von uns zu diesem Project verlangt sind, sind zu groß. Wenn das nun beide sagen, so wird jeder dritte, verständige Mensch sagen: es ist aber schade, daß Ihr Euch nicht habt einigen können, und daß eine an sich nöthige und nützliche Sache nicht zu Stande gekommen ist, daß Millionen ausgegeben sind grotzentheils auch aus Staatsmitteln, ohne daß die Schlußfolgerung dieser ersten Regulierung in ihrer Fortsetzung gezogen wird.

So, meine Herren, liegen die Verhältnisse, und da habe ich nur den Wunsch auszusprechen, daß man seitens der Staatsregierung wohl mit den Interessenten der Deichverbände sich darüber auseinandersehen möge, welche Interessentenbeiträge billigerweise von diesen Deichverbänden verlangt werden können, und welche sie thatsächlich tragen können. Daß der Staat den größten Theil der Kosten tragen muß, ist nicht nur unentbehrlich, sondern auch in der Sache begründet; denn diese großen Flußregulierungen kann man nicht allein auf die Deichverbände legen, die ja zu denjenigen Aufwendungen, die die Normalisirung der Deiche verlangen, und noch zu einem weiteren Zuschuß an und für sich bereit sind. Diese ganze Regulierung der Mündungen ist aber am letzten Ende doch auch notwendig, um den Werth zu erhalten, den diese ungeschätzten Millionen schaffen sollen, die für die Flußregulierung im Interesse der Schiffbarkeit aufgewendet werden; denn, wenn die Verhältnisse da an der Mündung und etwas oberhalb derselben so bleiben, wie sie jetzt sind, werden diese Regulierungsarbeiten weiter aufwärts im Interesse der Schiffahrt und des Verkehrs, die der Staat ohnedies macht, nicht den Erfolg haben können und nicht auf die Dauer so billig sein, als wenn die Regulierung erfolgt. Es liegt das ja auf der Hand. Aber ich habe, wie gesagt, nun den Wunsch, daß wenn man auch einen billigen Ausgleich zwischen dem Staat und den interessirten Deichverbänden suchen möge, man doch davon absehen sollte, die Principienfrage wegen des Beitrages der Provinz weiter zu verfolgen. Bei dieser Beilegung der Provinz handelt es sich meines Wissens weniger um eine erhebliche Selbstumme, als darum, daß der Provinzialverband von Westpreußen grundsätzlich anerkannt, daß er verpflichtet ist, zu solchen Sachen beizutragen; und daß der Provinzialverband sich dagegen sträube, kann ich ihm durchaus nicht übel nehmen, denn in dem Dotationsgesetz sind derartige Sachen nicht vorgesehen, und der Provinzialverband, auch wenn er nur 50 oder 100 000 Mk. hergeben wollte, kann die Consequenzen eines solchen Verfahrens absolut nicht übersehen.

Nun kann es ja am letzten Ende auch der königl. Staatsregierung gleichgültig sein, ob diese 50 oder 100 000 Mk. für die Provinz in Anspruch genommen werden soll, nun von einer anderen Seite, von den Deichverbänden aufgebracht werden, oder ob die Provinz dieselben giebt. Ich würde es außerordentlich bedauern, wenn in dieser wichtigen Sache eine derartige Principienfrage, wie die Beilegung der Provinz es in diesem Falle ist, zuletzt noch den Ausschlag geben sollte. Ich kann daher nur den dringenden Wunsch aussprechen, daß von dieser Beilegung der Provinz Abstand genommen werden möge.

Herr v. Pultkammer hat darauf hingewiesen, daß man doch nicht von den ärmeren Kreisen der Provinz verlangen könne, daß sie für die reicheren und allerdings auch, aber verhältnismäßig doch nicht so stark nothleidenden Kreise der Provinz mitzutreten sollten. Ich kann nicht verhehlen, daß dies Argument etwas Gefährliches hat; denn man könnte ja dem entgegenhalten: worum verlangt ihr denn, daß z. B. die Leute in der Cümburger Gegend oder irgendwo im Westen mitzutreten sollen? Dieser Einwand ist auch thatsächlich gemacht worden, und deshalb habe ich hier diese Bemerkung des Herrn v. Pultkammer noch herangezogen. Ich glaube, gegen diesen Einwand, der thatsächlich gemacht worden ist, darauf hinweisen zu müssen, daß es doch ein Unterschied ist, ob in einem kleinen Communalverbande eine solche gegenseitige Unterstützung stattfindet, oder ob die sich über den ganzen Staat erstreckt. Denn wenn wir in dieser Hinsicht erst anfangen wollten, genaue Gegenrechnungen zu machen, was wir z. B. beitragen zur Regulierung des Rheins und zu ähnlichen Dingen im Westen, an der Ems etc., so würde das zu Apothekerrechnungen führen, die ich nicht für wünschenswert halte.

Ich kann mich also dahin resumieren, die königliche Staatsregierung möge die Sache von neuem aufnehmen und versuchen, einen billigen Ausgleich zwischen den von den Deichverbänden zu erfordern Interessentenbeiträgen und der aus Staatsmitteln bereit zu stellen Summe herbeizuführen. Ich glaube, daß selbst wenn der Staat es hier auf 1 oder 2 Millionen Mark nicht wird ankommen lassen, das eine rationale Aufwendung werden wird. Denn es ist jedenfalls richtiger, solche Gelder bei Zeiten zu verwenden, als zu warten, bis nachher eine Vorlage wegen Entschädigung aus Hochwasserbeschäden und dergleichen an den Landtag herantritt. In dieser Hinsicht ist die Prognose ohne Zweifel besser, als wenn man nachher durch öffentliche Mittel den Schaden wieder auszugleichen sucht, der durch Vernachlässigung solcher Regulierungswerke entstanden ist. (Bravo!)

Abgeordneter Sieg:
M. S., die Ausführungen von den beiden Herren Borrennern theile ich im großen und ganzen vollkommen. Ich kann speciell als Mitglied des Provinzial-Ausschusses der Provinz Westpreußen, der sich mit dieser Sache eingehend beschäftigt hat, auch genau sagen, woran es eigentlich gelegen hat, daß die ersten Verhandlungen ins Wasser g-fallen sind. Es ist seitens der königlichen Staatsregierung bei dieser Frage das Princip aufgestellt, daß die drei Hauptbetheiligten unter allen Umständen zusammenwirken müssen, und zwar die Provinz, die Adjacenten und der Staat. Nun hat sich der Provinzial-Ausschuss auf einen absolut ablehnenden Standpunkt gestellt, weil er unter keinen Umständen anerkennen kann, daß seitens der Provinz irgend eine Verpflichtung vorliegt, bei der Regulierung der Weichsel mitzuwirken. — eine Herren, leider sind präliminär Ausnahmen gemacht, es sind kleine Summen zu Deichbauten als Beihilfen gegeben worden. Aber das war seiner Zeit ja ein großer Fehler, denn auch damals wollte

man nicht anerkennen, daß verpflichtet sei. Nun handelt es sich nicht, wie der Herr College Ehlers sagt, um 50 000 oder 100 000 Mk., sondern man verlangte zuerst von der Provinz ungefähr 800 000 Mk., ließ aber später durchblicken, man würde auch weniger nehmen. Die Provinz Westpreußen ist gar nicht in der Lage, derartige große Gelbdaufwendungen zu machen; denn wir sind derart mit Schulden und Verpflichtungen überlastet, wie wohl keine andere Provinz in Preußen. Wir sind die jüngste Provinz, und alles, was wir jetzt machen für das öffentliche Wohl, müssen wir da bezahlen, und das ist sehr reichlich. Nun bin ich auch der Ansicht, daß die Regulierung voll und ganz durchgeführt werden muß. Ich gehe aber viel weiter als die Herren Borrenner. Ich meine, daß es überhaupt Aufgabe des Staates allein ist, die ganzen Kosten als den Schluß der früheren Regulierungen auf seine Schultern zu nehmen und die Adjacenten, die Niederungsverbände, einfach freizulassen. Der Herr Minister würde sich um unsere Provinz ein großes Verdienst erwerben, wenn er die ganzen Kosten vom Staat allein bezahlen ließe. Von Seiten der Provinz, glaube ich eben, kann keine Beihilfe gegeben werden, obwohl heute anerkannt ist, daß keine Verpflichtung aus dem Dotationsgesetz vorliegt; seinerzeit hat auch niemand es für nöthig gehalten, daß eine Provinz zu solchen Sachen herangezogen werden kann. Einen solchen Strom, wie die Weichsel, hat überhaupt keine andere Provinz in Preußen. Herr College Ehlers hat ganz richtig gesagt, sie kehrt sich an keine Vorarbeiten der Wasserbauverwaltung, sie kehrt sich an keine Deichbauten, es hängt manchmal von ganz kleinen Zufälligkeiten ab, ob die Dämme halten oder nicht. Es freut mich, daß der Herr Minister jedenfalls nicht den Beschluß des Provinzial-Ausschusses in seiner Erwiderung erwähnt hat, und ich schreibe daraus, daß er die Provinz frei lassen will; und wenn er noch bedeutend weiter geht, dann glaube ich, daß das Project, das durchaus notwendig ist, zur Ausführung kommt. Aber das möchte ich sagen: die Verantwortung können wir keinesfalls auf unsere Schultern nehmen. Die Provinzialverwaltung ist nicht schuld, wenn die Sache dadurch nicht zu Stande kommt, daß sie auf ihrem Schein besteht, sondern diejenigen, die da fordern, daß die Provinz zu einer Sache Opfer bringt, wozu sie nach meinem Dafürhalten in keiner Weise verpflichtet ist. (Bravo!)

Regierungskommissar Dombois:
Bezüglich der Rechtsfrage ist zu constatiren, daß der Staat keine Verpflichtung hat, derartige Projecte auszuführen. Denn — das muß ich mit allem Nachdruck betonen — es handelt sich hier nicht um eine Stromregulierung, nicht um Bauten, die in dem öffentlichen, vom Staat zu unterhaltenen Strome auszuführen sind, sondern um eine Deichregulierung, um eine Verbesserung des Deichschutzes zum Behen der Niederungen. Die Rechtslage bedingt es also, daß in erster Linie die Deichverbände, deren Interesse in Frage steht, die Kosten tragen müssen. Aber wir ziehen keineswegs aus dieser Rechtsauffassung den Schluß, daß die Deichverbände allein die Kosten zu übernehmen haben; im Gegentheil, wir sind der Meinung, daß den größeren Theil der Kosten der Staat zu tragen muß, aus dem Grunde, weil die nächstbetheiligten Deichverbände nicht genügend leistungsfähig sind. Allerdings beurtheilen wir die Leistungsfähigkeit der Deichverbände etwas anders als die Vertretungen derselben. In den Verhandlungen haben sich zwei Deichverbände, der Elbinger und der Falkenauer Verband, vollkommen ablehnend verhalten; allerdings sind diese die leistungsschwächsten. Bei dem ersten Verbande kommt insbesondere in Betracht, daß er durch Leistungen aus dem Gesetze vom 10. Juni 1888 erheblich belastet ist, und daß das Eiswehr, das ihm damals in Aussicht gestellt worden war, nicht gebaut worden ist und nicht gebaut werden kann, weil es allgemein als eine zweckmäßige Anlage erkannt worden ist. Der Falkenauer Deichverband ist der Fläche nach der kleinste der Verbände, aber insofern erheblich interessiert, als er, wenn dieses Project ausgeführt wird, die Kosten für die Normalisirung seiner Deiche erpart, für die er sonst ungefähr 600 000 Mark voraussichtlich aufwenden müßte, während ihm hier nur etwa 300 000 Mk. angeschlossen werden. Er sowohl wie auch der Elbinger Verband werden nicht ganz freizulassen, aber nur mit mäßigen Beiträgen heranzuziehen sein.

Der Danziger Deichverband ist der einzige, der ein Angebot gemacht hat, welches wenigstens die Möglichkeit einer Verständigung eröffnete, namentlich es hinter dem berechtigten Forderungen der Staatsregierung nicht unerheblich zurückgeblieben ist. Der größte und reichste Deichverband, der Marienburger, der allein einen Reinerlös von etwa 1 1/2 Mill. Mk. hat, hat sich in einem Maße zurückhaltend gezeigt, daß jede Einigung ausgeschlossen war. Er hat Leistungen angeboten, die zurückbleiben hinter den unmittelbaren Erparnissen an den Kosten der Unterhaltung und der Normalisirung seiner Deiche. Bei diesem Verhalten der Deichverbände ließ sich die Finanzierung nicht ermöglichen. Was nun die von den Herren Abgeordneten Ehlers und Sieg erörterte Frage der Beilegung der Provinz betrifft, so sind die einzelnen Reforts gebunden durch einen Staatsministerialbeschlusse vom December 1894, der dahin geht, daß für Bauausführungen der hier in Rede stehenden Art, die eine Verbesserung des Hochwasser-schutzes bezwecken, zunächst die unmittelbaren Interessenten und, soweit deren Leistungsfähigkeit nicht zureicht, die öffentlichen Verbände, die Provinz und der Staat, einzutreten haben. Die Provinz ganz und gar frei zu lassen, das würde gegen die Gleichmäßigkeit in den Verwaltungsgrundrissen des Staates verstoßen und würde auch sachlich nicht gerechtfertigt sein. Die Provinz hat jedenfalls an der Ausführung des Projectes mindestens ein eben so großes Interesse als der Staat, dem eine realistische Verpflichtung gleichfalls nicht obliegt. Denn es handelt sich um Maßnahmen, welche dazu beitragen, die Steuer- und Finanzkraft der Niederungsstreu zu heben; an dem Wohl und Wehe dieser Kreise und der Steigerung ihres Wohlstandes hat die Provinz Westpreußen doch ein größeres Interesse als die anderen Provinzen des Staatsgebietes, die mitbelastet werden, soweit der Staat die Kosten übernehmen muß. Ich resumiere mich dahin: Die Staatsregierung ist bereit, den größeren Theil der Kosten zu übernehmen; sie geht aber voraus, daß die bethelligten Deichverbände nach dem Maße ihres Interesses und ihrer Leistungsfähigkeit sich freiwillig zeigen, und daß die Provinz, wenn auch mit einem bescheidenen Beiträge, sich theilhaftig.

Abgeordneter Ehlers:
Ich will mir nur noch einige Worte erlauben gegenüber zwei Bemerkungen, von denen die eine seitens des Herrn Abg. Sieg, die andere seitens des Herrn Regierungskommissars gemacht wurde, die mir beide zu weit gehen, und gegen die ich Widerspruch erheben, weil ich fürchten muß, daß, wenn sie aufrecht erhalten würden, aus der ganzen Sache nichts wird. Der Herr Abg. Sieg hat in dem lebenswichtigen Bestreben, den Deichverbänden zu Hilfe zu kommen, — wenn ich ihn richtig verstanden habe — den Grund aufgestellt: die ganze Sache müßte ausschließlich vom Staate gemacht werden. Ich glaube, er ist darin etwas zu weit gegangen. Daß zum Beispiel die Aufwendungen, welche für die Verstärkung und Erhöhung der Deiche notwendig sind, von den Deichverbänden allein getragen werden müssen, daran ist meines Wissens kein Zweifel; es handelt sich nur um diejenigen Kosten, welche durch die Regulierung des Flußlaufes, also durch die Deichverlegung, entstehen. Zu diesen Viehproben sind auch die Deichverbände heranzuziehen. Ich bin nicht grundsätzlich dagegen, daß sie auch einen Theil der Kosten übernehmen. Es handelt sich nur darum, in welchem Maße sie noch leistungsfähig sind, und in welchem Maße sie billigerweise heranzuziehen sind. Andererseits hat der Herr Regierungskommissar sich auf den Standpunkt gestellt: der Staat sei überhaupt nicht verpflichtet, ihn ganz die ganze Sache realisch

nichts an, denn es handle sich hier um Deichverlegungen, und die müßten die benachbarten Deichverbände tragen. Ich kann diesen Standpunkt nicht für richtig halten; denn es handelt sich hier um einen großen Strom, der in staatlicher Regulierung ist, und dieses Regulierungswerk ist nicht etwas, was lediglich die benachbarten Deichverbände interessiert, sondern betrifft die Regulierung des ganzen Stromes, seine Leistungsfähigkeit in jeder Hinsicht. Daß es daher das Interesse und auch die Pflicht des Staates ist, hier einzutreten, ist nach meiner Ansicht ganz zweifellos. Denn wenn der Staat hier gar keine Verpflichtungen hätte, so würde es ja für jeden gewissenhaften Abgeordneten einigermaßen bedenklich sein, solchen Vorlagen zuzustimmen, wie sie auf diesem Gebiete jetzt häufiger an uns herantreten. Ich kann daher meinerseits nur wünschen, daß sowohl die Interessenten sich hüten, auf den gänzlich ablehnenden Standpunkt des Herrn Abgeordneten Sieg — wenn ich ihn richtig verstanden habe — einzugehen, daß aber andererseits auch die Staatsregierung, insbesondere das Finanzministerium, davon Abstand nehme, es so darzustellen, als wenn jeder Staatsbeitrag zu diesem Regulierungswerk ein eigentlich nicht ganz begründetes Geschenk sei. Nun wird hier angeführt, daß ein Staatsministerialbeschlusse vom Jahre 1894 vorläge, welcher verbinde, auf den Beitrag der Provinz, selbst wenn er nur ein geringer und mehr nomineller sei, zu verzichten. Ich habe gewiß die größte Hochachtung vor Staatsministerialbeschlüssen; ich halte es aber nicht für unmöglich, daß ein solcher Staatsministerialbeschlusse in einem einzelnen Fall zurückgezogen werden kann (sehr gut links), und ich meine, ich würde es doch für minder bedenklich halten, daß das Staatsministerium in einem gegebenen Fall, unter Berücksichtigung aller besonderen Verhältnisse, die hier vorliegen, einen Beschlusse vom Jahre 1894 im Jahre 1898 modificirt und zurücknimmt; ich würde das für minder gefährlich halten, als wenn über diese Principienfrage ein notwendiges Stromregulierungswerk nicht zu Stande kommt und man in späteren Jahren sagen müßte: ja, diese Deichverbände, diese Ueberforderung, diese Verwüstungen müßten kommen, weil ein Staatsministerialbeschlusse von 1894 das Princip festgelegt hatte und von diesem Princip nicht abgewichen werden durfte. Ich kann daher nur meine Wünsche wiederholen, daß auf beiden Seiten das nöthige Entgegenkommen sich finden möge. (Beifall.)

Deutschland.

Die Steigerung der Getreidepreise.

Die im vergangenen Jahre eingetretene Steigerung der Getreidepreise hat in den landwirthschaftlichen Debatten des Abgeordnetenhauses der Abgeordnete Camp als geringfügig hinzustellen gelacht; er behauptete geradezu, daß im Durchschnitt fast gar keine wesentliche Steigerung eingetreten sei. Herr Camp stützt sich dabei auf einen Vergleich der Durchschnittspreise für die beiden letzten Jahre. Es liegt aber doch auf der Hand, daß bei einem Erzeugniß wie Getreide, dessen Preis wesentlich durch den Ausfall der Ernten bedingt wird, Durchschnittspreise, die für Kalendarierte berechnet sind, gar kein richtiges Bild von der Preisentwicklung geben können. Thatsächlich haben auch während der ersten Hälfte des Jahres 1897 die Weizen- und Roggenpreise verhältnismäßig niedrig gestanden; jedoch der Ausfall der Ernten in den wichtigsten Ländern einigermaßen zu schätzen war, erfuhren sie eine beträchtliche Steigerung, die sich mit geringen, zeitweiligen Abflchwüchungen bis zum Jahreschlusse erhalten hat. So citirte Herr Camp den Durchschnittspreis von Roggen im Jahre 1897 mit 124 Mk. pro Tonne, im Vorjahre mit 121 Mk. Bei diesem Vergleich verschwindet vollständig die charakteristische Entwicklung, welche die nachstehenden, ebenfalls der preussischen Preisstatistik entnommenen Zahlen wiedergeben:

Monat	Weizen		Roggen	
	1896	1897	1896	1897
Juli	148	155	115	117
August	142	170	112	128
September	144	177	116	132
Oktober	155	174	123	134
November	163	178	127	138
December	161	180	124	139

Es ergibt sich hieraus, daß die Preise für Weizen wie für Roggen thatsächlich schon eine erhebliche Steigerung erlangt haben; der Dezemberpreis steht gegen den Julipreis bei Weizen um 25 Mk., bei Roggen um 22 Mk. höher. Bemerkenswerth ist ferner, daß der Haupttheil der Steigerung sich bereits in den Monaten August bis October vollzogen hat, in denen nach agrarischen Angaben die Landwirth: meist bereits ihr Getreide verkaufen müssen, und daß somit die erhöhten Preise größtentheils ihnen zu gute gekommen sein werden. Für die Entwicklung der Getreidepreise in den letzten Jahren sind aber auch die folgenden Zahlen von besonderem Interesse:

Jahr	Durchschnittspreis für December für die Tonne in Mark	
	Weizen	Roggen
1894	128	114
1895	143	120
1896	161	124
1897	180	139

Hier zeigt sich eine ununterbrochene, allmähliche Hebung der Weizen- und Roggenpreise, die sich in ähnlicher Weise auch für die Monate August bis October constatiren läßt. Es ist deshalb jedenfalls nicht berechtigt, wenn heute noch immer über die „niedrigen“ Preise in derselben Weise wie im Jahre 1894 geklagt wird, als der Bund der Landwirthge gegründet wurde.

Der Erhöhung des Grundkapitals der Centralgenossenschaftskasse

von 20 auf 50 Mill. Mark, worüber dem Abgeordnetenhause eine Vorlage zugegangen ist, steht auch die „Nat.-lib. Corr.“ sehr kritisch gegenüber. Das nationalliberale Organ meint, die Vorlage werde einer besonders eingehenden Prüfung bedürfen und führt dann aus: Die Ueberzeugung, daß es notwendig ist, der Eigenart des landwirthschaftlichen Creditbedürfnisses durch Begründung der Centralgenossenschaftskasse Rechnung zu tragen, bleibt nach wie vor bestehen. Auf einem anderen Blatt aber steht die Frage, ob die gedachte Kapitalerhöhung sich noch mit der zweiten Aufgabe verträgt, auch ein durchweg gesundes Creditgenossenschaftswesen zu fördern. In der Begründung des Gesetzentwurfes ist zwar eine warm befürwortende Auffassung über den demnächstigen Bedarf der Centralgenossenschaftskasse gemacht, daß schon in allernächster Zukunft für das Grundkapital die Summe von 40 Mill. Mk. in voller Höhe erforderlich werde; daß nicht weniger als zehn neue genossenschaftliche Verbandskassen angemeldet und theils schon gerichtlich eingetragen und zwei neue landwirthschaftliche Darlehnskassen in der Bildung begriffen sind, die alle im Frühjahr 1898 die Eröffnung eines Credits verlangen. Ohne weiteres ist in dieser

Steigerung des Geldbedarfs an sich weder ein Beweis für eine gesunde Genossenschaftsbildung noch für eine legenreiche Ausdehnung der Centralgenossenschaftskasse zu erblicken. Je leichter und billiger Geld zu haben ist, um so eher finden sich auch von selbst Abnehmer dafür. Die Erlangung billigen Staatscredits darf aber nicht Hauptzweck und das genossenschaftliche Zusammenwirken Nebenbedingung werden. Damit wäre am wenigsten der Landwirthschaft selbst gedient, wie wir auch aus landwirthschaftlichen Kreisen vernahmen, wo man nicht ohne Bedenken der eiligen Genossenschaftsbildung zusieht. In dieser Hinsicht werden eingehende Nachweise gefordert werden müssen, die Begründung der Vorlage kann nicht als ausreichend in dieser Hinsicht angesehen werden.

* Berlin, 11. Febr. In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung stand wiederum der Friedhof der Märzgefallenen im Friedrichshain und seine Ausdehnung zur Debatte. Der Magistrat hatte bekanntlich der Versammlung Mittheilung über ihren Beschlusse, auch einen Denksteine auf dem Friedhofe zu errichten, nicht beitreten können. Diese Mittheilung war einem Ausschusse überwiefen worden. Die Versammlung stimmte nun ohne jede Erörterung einer von dem Ausschusse vorgeschlagenen Erklärung zu, worin dem Bedauern über die Stellungnahme des Magistrats Ausdruck gegeben und Einprache gegen die Auffassung erhoben wird, daß durch die Ausführung des Beschlusses der Versammlung der Frieden in allen bethelligten Kreisen der Berliner Bevölkerung gefährdet werden könnte.

[„Schuß gegen Schultze.“] Zu diesem Kapitel liefert ein Bericht aus Aiel vom 9. Februar einen neuen drastischen Beitrag. Wegen unberechtigter vorsätzlicher Freiheitsentziehung stand der dortige Polizeiergeant Dpmit vor der Strafkammer. O. hatte einen Radfahrer, der bei seinem Vater, einem Hausbesitzer, beschäftigt ist, wegen einer unbedeutenden Sache behufs Feststellung des Namens zur Wache gebracht. Auf der Polizeiwache zeigte er dem O. zur Legitimierung seine Karte als Mitglied des deutschen Radfahrerbundes, ferner ein auf seinen Namen lautendes Rezept eines Aelers Arztes, allein vergebens. Der Polizist ließ ihn nicht frei. Der Radfahrer gab nun seine genaue Wohnung und die Namen sämtlicher Miether des väterlichen Hauses an. Die Angaben wurden durch das Adreßbuch, das O. zur Hand nahm, bestätigt. Trotzdem wollte der Polizist den Radfahrer nicht freigeben. Letzterer bezog sich nunmehr auf einen in unmittelbarer Nähe der Wache wohnenden Hof-freier und auf dem Polizeikommissar Aela, denen er persönlich bekannt sei. Wieder vergebens. Der Polizist ließ den Radfahrer in die Arrestzelle abführen und später durch zwei Wärter gefesselt ins Polizeigefängniß bringen. Dieser mußte bis zum nächsten Tage im Gefängniß bleiben. In der Verhandlung räumte der Polizeiergeant O. ein, daß der Verhaftete keinen Widerstand geleistet habe. Der Staatsanwalt verurtheilte das Vorgehen des Polizisten aufs entschiedenste. Derselbe habe eine äußerst grobe Fabrikation begangen, da er absichtlich die Haft verhängte. Dem Angeklagten seien aber mildere Umstände zuzubilligen, und deshalb beantrage er das geringste Strafmaß: drei Monate Gefängniß. Dagegen gelangte das Gericht zu einem freisprechenden Urtheil! Der Angeklagte habe thatsächlich — so wurde in den Urtheilsgründen ausgeführt — durchaus falsch gehandelt und hätte den Verhafteten nach der Legitimierung freilassen müssen. Die Instruction der Polizeibeamten über Vorführung und Verhaftung sei indeß eine mangelhafte und dem Angeklagten nicht nachzuweisen, daß er sich der Rechtsmüßigkeit seines Vorgehens bewußt gewesen sei.

Also wieder und wiederum diese „Instruktionen!“ Wann endlich wird deren letzte Stunde schlagen?

* [Die Sonntagsruhe im Apothekenbetriebe] bildete einen Gegenstand der Verhandlungen des Vorstandes des deutschen Apothekervereins, welcher am 4. und 5. d. Mts. in Berlin versammelt war. Wie die Apotheker-Zeitung berichtet, wurde: die in neuerer Zeit mehrfach laut gewordene Forderung nach einem früheren Schluß der Apotheken ebenso für gerechtfertigt erachtet, als der Wunsch, daß dem Personal die Wohlthat der Sonntagsruhe im möglichen Umfange zugewandt werden möge. Es erschien dem Vorstande aber nicht angängig, diese Frage einheitlich für das deutsche Reich oder auch nur für größere Landestheile zu regeln. Mit Rücksicht auf die verschiedenen Verkehrsverhältnisse soll vielmehr die Regelung den Apothekenbetriebern der einzelnen Ortlichkeiten überlassen bleiben.

Telegraphischer Specialdienst der Danziger Zeitung.

Prozeß Zola.

Paris, 11. Febr. Gegen 11 1/2 Uhr traf heute Zola in einem Wagen vor dem Gerichtsgebäude ein. Die Menge stürzte herbei und stieß Schmährufe aus. Wenige Minuten später kam Oberst Picquart an. Als er aus der Equipage stieg, rief man: „Nieder Picquart! Zimmerdieb!“ Dagegen wurden andere Offiziere mit Hochrufen auf die Armee begrüßt. Picquart erklärte seinen Freunden, als er mit ihnen dem Verhandlungssaal zuschritt, er sei entschlossen, die ganze Wahrheit auszusagen; er werde, unbekümmert um die Folgen, rücksichtslos sprechen.

Als Zola in den Saal trat, fand keine Rundgebung statt. Die Maßregeln zur Aufrechterhaltung der Ordnung waren gegen gestern wesentlich verstärkt; im übrigen bot der Saal dasselbe bewegte Bild wie in den letzten Tagen.

Als erster Zeuge wurde heute verommen

General Pellieux.

Er bemerkt, man lege seine heiligen Worte vielmehr falsch aus. Oberst Henry habe gesagt, daß ich das Actenbündel geöffnet habe. Die Vertheidigung nahm hiervon besonders Anstich. Ich muß sehr erklären, daß im Nachrichtenbureau viele Actenbündel liegen, das geöffnete Bündel bezog sich auf Briestauben, es handelte sich nicht um Drehschloß. Diese wurden vielmehr nach dem Prozeß im Jahre 1894 versiegelt und erst in letzter Zeit von mir geöffnet, um eine neue Untersuchung des Bordereau

vornehmen zu lassen; dann wurde das Bündel neuerdings versiegelt und im Kriegsministerium deponiert. Der Zeuge dementirt in aller Form die Aeußerung des Advokaten Leblois, daß er dieser Tage mit dem Oberst Henry in dessen Kabinett eine zweistündige Unterredung gehabt habe. Er sagt, nachdem Oberst Picquart der Major Esterhazy beschuldigt hatte, sagte Picquart später, wenn es nicht Esterhazy gewesen ist, könnten es ja Personen aus Esterhazy's Freundschaft sein. Der Kriegsminister hat eine genau präcisierte Anklage gegen Solo erhoben, der das Kriegsgericht beschuldigte, auf Ordre einen Schuldigen freigesprochen zu haben, man nannte aber den Namen nicht. (Unruhe.) Ich sage, Major Esterhazy, bezüglich dessen ein non liquet ausgesprochen ist. Er präsenlirte sich heute dem Kriegsgericht. General Gausnier wollte sich mit der gerichtlichen Erklärung, da es an genügenden Beweismitteln zur Verfolgung Esterhazy's fehle, nicht begnügen, er wollte entgegen der Ansicht vieler Autoritäten, die höher sind als die feine, daß Esterhazy vor seines gleichen im öffentlichen Verfahren in Gegenwart der Parteien vor Gericht stände. Ich bedauere meistens, daß die Verhandlung nicht öffentlich gewesen ist, wie ich es gewünscht habe, der Kriegsminister verlangte aber den Ausschluß der Öffentlichkeit.

Paris, 11. Febr. Der Specialcorrespondent der „Basler Nachrichten“ ist wegen seiner Haltung in der Dreyfus-Angelegenheit von der französischen Regierung ausgewiesen worden.

Reichstag.

Berlin, 11. Februar.

Der Reichstag beendete heute die Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes. Die in diesen Blättern angekündigte sensationelle Behandlung der Dreyfus-Affaire blieb aus, vielmehr beschränkte sich Abg. Richter darauf, hervorzuheben, daß der Staatssecretär v. Bülow in der Commission die bekannte Erklärung nicht aus eigenem Antrieb, sondern auf seine (des Redners) Interpellation abgegeben habe.

Im übrigen wurde die Sitzung ausgefüllt durch eine handelspolitische Debatte, speciell über unsere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, wobei wieder der grundsätzliche Streit zwischen den Anhängern und den Gegnern der Handelsvertragspolitik entbrannte.

Abg. Tesfen (nat-lib.) preist den Segen der Handelsverträge und bedauert, daß vorgestern Freiherr v. Marschall gefehlt habe, um mit seiner meisterhaften Beredsamkeit den Agrariern entgegenzutreten.

Abg. Barth (freis. Vereinig.) weist nach, daß der Dinglich-Tarif für deutsche Ziffern keineswegs so perniciosus gewesen sei, wie vielfach behauptet werde. Im Gegentheil habe Deutschlands Ausfuhr nach Amerika sich gehoben. Die Reichsregierung habe deshalb weise sich gehandelt, daß sie die Politik der Repressalien nicht eingeschlagen habe. Anlaß zu einer solchen sei um so weniger vorhanden, als Amerika jetzt bei den Zollverträgen auch die verschiedensten französischen Zuckerprämien in Rechnung bringe.

An der Debatte beteiligten sich ferner die Abgg. Richter (freis. Volksp.), Frhr. Seyl zu Herrnsheim (nat-lib.), Graf Kanitz (cons.) u. d. Paasche (nat-lib.). Staatssecretär Graf Posadowsky greift wiederholt ein, um namentlich zu betonen, daß wir die Handelsverträge vor ihrem Ablauf nicht ändern können; für neue Vertragsverträge brauchten wir zunächst einen autonomen Tarif. Einen Zollkrieg würden wir nie anfangen, so lange auf unserer Seite noch irgend welcher mercantiler Nutzen liegt. Gegenüber dem Abg. Barth, welcher vor der Vertreibung der Gefahren der José-Schildlaus gewarnt hatte, verweist der Staatssecretär auf die Erfahrungen von Sachverständigen, insbesondere auch von amerikanischen, und theilt mit, daß soeben noch bei einer Sendung Aepfel nach Berlin Schildläuse gefunden sind.

Morgen steht der Etat der Schutzgebiete, Zölle und Verbrauchssteuern auf der Tagesordnung.

Abgeordnetenhaus.

Berlin, 11. Febr.

Die sogenannte Politik der Sammlung erfährt heute bei der Beratung des Bauetats eine eigenthümliche Beleuchtung; es loderte nämlich der Kampf zwischen den Vertretern der Industrie und den Agrariern in hellen Flammen auf. Beim Dortmund-Ems-Kanal befuhrte Abg. Graf Kanitz (cons.) eine differentielle Behandlung der Tarife in Bezug auf Berg- und Thalfahrt und meinte, er beklage an sich das Einringen der englischen Kohle gar nicht so sehr, weil dadurch der Einfluß der sehr nahrungbringenden westfälischen Kohlenindustrie geschwächt würde.

Minister Thielen verteidigte die Tarife und kündigte für den nächsten Herbst eine umfassende Kanalvorlage an; er hofft, daß die Auffassung von dem großen wirtschaftlichen Nutzen der Kanäle immer weitere Kreise ergreifen werde. Gegen den Abg. Grafen Kanitz wandten sich die Abgg. Schmieding (nat-lib.) und Beumer (nat-lib.). Sehr erregt trat ihm besonders Abg. Müller (nat-lib.) entgegen, indem er den Nutzen der Handelsverträge mit langen Fristen für die Industrie und Landwirthschaft darlegte. Der vom Abg. Grafen Kanitz im Landwirthschaftsrathe vertretene Standpunkt sei ungeheuerlich. Wir wollen, sagte Redner, der Landwirthschaft helfen in vernünftigen Grenzen; aber die Agrarier dürften nicht die Landwirthschaft als noli me tangere betrachten, sonst kommen wir zu Zuständen, wie sie jetzt in Italien herrschen.

An der weiteren Discussion beteiligten sich die Abgg. Camp (Reichsp.), Brömel (freis. Vereinig.) und Graf Limburg-Stirum (cons.).

Morgen steht die Fortsetzung der Etatsberatung auf der Tagesordnung.

Berlin, 11. Febr. Das preussische Staatsministerium trat heute Nachmittag zu einer

Sitzung unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Fürsten Hohenlohe zusammen.

— Graf Caprivi ist heute hier eingetroffen. Berlin, 11. Febr. Bei der heute Nachmittag fortgesetzten Ziehung der 2. Klasse der 198. preussischen Klassenlotterie fielen:

- 1 Gewinn von 45 000 Mk. auf Nr. 174 437.
- 1 Gewinn von 30 000 Mk. auf Nr. 76 107.
- 1 Gewinn von 10 000 Mk. auf Nr. 181 922.
- 2 Gewinne von 5 000 Mk. auf Nr. 51 117.
- 2 Gewinne von 1 500 Mk. auf Nr. 125 866 140 282.

London, 11. Febr. Außer dem britischen Schlachtschiff „Barfleur“, welches in Port Said angekommen ist, geht das Schlachtschiff „Victorious“ heute von Malta nach China. Der Panzerkreuzer erster Klasse „Gibraltar“ wird ebenfalls sofort nach China gehen.

Danzig, 12. Februar.

* [Radfahrersportfest.] Von allen Veranstaltungen vom Besten des Riegedenkmal hat bis jetzt wohl keine mehr „gezogen“ als das Radfahrersportfest, welches gestern Abend der Velociped-Club „Cito“ unter Mitwirkung des Damen-Radfahrereins „Diolella“ sowie der beiden Hoch- und Niederrad-Rennfahrer Herren Schneider und Röhr im großen Saale des Schützenhauses veranstaltet hatte. Daß die Bilette für die Vorstellung seit mehreren Tagen vergriffen waren, haben wir schon mitgeteilt; gestern Nachmittag stellte sich das erfreuliche Resultat heraus, daß auch zur Generalprobe die Plätze ausverkauft waren. Der Saal trug das bei derartigen Gelegenheiten übliche festliche Ansehen. Die Damen hatten glänzende Toilette gemacht und wählten die schwarzen Gehrock der Herren erblühte man die Uniformen aller hier in Garnison stehenden Regimenter. Nachdem das Fest von der Kapelle des Grenadier-Regiments König Friedrich I. unter der Leitung des Herrn Musikdirigenten Theil mit Compositionen von Flotow, Nicolai und Wagner eröffnet worden war, wurde zunächst ein Reigen von 16 Mitgliedern des „Cito“ in ihrer geschmackvollen grauen Clubtracht geföhren, der bei den Zuschauern reichen Beifall fand. Und in der That, der Anblick einer Schaar von Fahrern, die mit der größten Sicherheit im langsamsten Tempo ihre Curven und Bogen fahren, erfreut nicht nur den Sportsmann, sondern auch jeden Laien. Dann folgte eine Tour, die dazu bestimmt war, den Damen eine Aufmerksamkeit zu beweißen. Ein kleines niedliches Mädchen saß vor einem mächtigen, mit duftigen Blumensträußchen gefüllten Füllhorn, welches von einem Fahrer im Saale in die Runde geföhren wurde. Während die Kleine den Damen, die unten im Saale saßen, Blumenpenden zuwarf, schwebte ein als Bärtnerbursche maskirter Fahrer von seinem Hochrade aus Sträußchen auf die Logen- und höher gelegenen Plätze. Der Club hatte mit Recht ein großes Gewicht auf Quadrillen- und Reigenfahrten gelegt, und was auf diesem Gebiete geleistet wurde, war so hervorragend, daß auch bei einer größeren Concurrenz eine Prämiation wohl kaum ausgeblieben wäre. Wir sahen eine Fahrquille, die von acht Herren, und eine hohe Schule, die von sechs Herren in Kostüm geföhren wurde. Namentlich die letztere fand geradezu stürmischen Beifall; die schwierigsten Figuren wurden mit einer Sicherheit und einer Eleganz ausgeführt, die gewiß bewundernswürdig war; so haben wir z. B. kaum jemals eine Dolle in einer Reihe von 6 Fahrern besser fahren sehen, wie gestern Abend. Die Richtung wurde so genau inne gehalten, daß man eher eine schwenkende Infanteriecolonne als einen Radfahrertross vor sich zu haben glaubte. Ein allerliebste Bild bot der combinirte Reigen, welcher von 4 Herren und 4 Damen in reicher polnischer Tracht geföhren wurde. Die Damen des Vereins „Diolella“ zeigten sich in jeder Weise ihren männlichen Partnern gemach, sie föhren mit derselben Sicherheit, und die sehr schwierigen Touren, von denen einige unseres Wissens hier noch nicht gezeigt worden sind, gelangen ganz vortreflich. Eine sehr hübsche Abwechslung wurde in das Programm durch die beiden Kunstfahrer, die Herren Schneider und Röhr gebracht, die beide sehr tüchtige Leistungen boten. Das Hochrad ist auf der Straße und auf der Rennbahn längst durch das Niederrad verdrängt worden, aber im Kunstfahren wird es wohl niemals verschwinden. Es hat vor allem den Vortheil vor dem Niederrad voraus, daß es beweglicher ist als dieses, und dann präsentiren sich die Kunststücke besser, so daß bei gleichen Leistungen der Hochradfahrer dem Publikum mehr gefallen wird, als sein Concurrent auf dem Niederrade. Die beiden Herren traten zuerst einzeln auf, dann arbeiteten sie zusammen, zuerst auf dem Hochrade und dann auf dem Niederrade. Herr Röhr ist ein bekannter Fahrer, dessen Brust zahlreiche Medaillen, die er sich in scharfen Concurrenzen verdient hat, schmücken, und Herr Schneider hat ganz das Zeug dazu, einer unserer besten Amateure zu werden. Sie erzielten beide gestern sowohl durch ihre Einzelleistungen als durch ihre Zusammenarbeit einen voll n Erfolg. Für drei der gestern aufgeführten Pöcien hatten bekannte Circusproductionen die Vorbilder abgegeben. Während die „Post“, die von sieben Herren geföhren wurde, trotz der exacten Ausführung die Circusdarstellung an Wirkung kaum erreicht, konnte der „Schneisenraub“, der dem jeü de rose nachgebildet ist, den Vergleich mit dem Original recht gut aushalten. Mit großer Spannung folgte das Publikum dem bald blitzschnellen, bald ganz langsamen Föhren der drei Herren, welche auf ihren Rädern nicht geringere Gewandtheit entwickelten als Reiter auf ihren gut dressirten Pferden. Dagegen war die dritte Nummer, welche den „Matrosen im Schiffsbruch“ brachte, auf dem Rade viel wirkungsvoller wie auf dem Panneau in der Manege. Die Schwierigkeit sich während des Föhrens seiner Kleider zu entledigen, steht in keinem Vergleich zu derselben Leistung auf dem Pferde und dabei wirkt der Anblick um vieles drolliger. Diese Nummer wurde gestern Abend von Herrn Röhr mit großer Virtuosität ausgeführt. Eine eigenartige Production war das „föhrende Rad“, zwei Radfahrer hielten, während sie in der Runde föhren, auf ihren Schultern eine Rediflange fest, an welcher Herr Schneider eine Anzahl von Turmbauungen von einfachem Aufbau bis zum Aufsteigen ausführte. Daß aber diese Uebungen glänzend gelangen, war neben der

Ruhe der Fahrer vor allem der vollendeten turnerischen Durchbildung des Herrn Schneider zu danken, der mit großer Geschicklichkeit immer den Schwerpunkt inne zu halten mußte, so daß beide Fahrer im Gleichgewicht bleiben konnten. Den Schluß des wohl gelungenen Festes bildete die komische Pantomime: „Eine Ausfahrt des Radfahrer-Vereins Archimede“, bei welcher die Räder mit Stalllaternen und Aufhaken ausgerüstet waren und Herren und Damen in grotesken Kostümen erschienen. Das schöne Fest hat seinen Zweck voll erfüllt und den Fonds für das Riegedenkmal um eine stattliche Summe bereichert.

Aus der Provinz.

* [Zeugnisschwang.] Zu dem Graudenzer Zeugnisschwangs-Verfahren gegen den Druckerlehrling Kurczynski, über das wir gestern Morgen bereits berichtet haben, macht das „Berl. Tagebl.“ folgende Bemerkungen:

„Es schon die Auslegung des Paragraphen von der Verantwortlichkeit für den Inhalt eines Schriftstückes derart, daß man ihn auf die Druckerlehrlinge ausdehnt, von Kopfschütteln erregender Bedenkllichkeit, so bedeutet dieser neue Fall erst recht eine Verurtheilung des Systems; denn die Anklagebehörde hatte mit Sicherheit darauf gerechnet, den jungen Zeugnisschwangs-Verfahren verlagst jedesmal, wenn es sich um einen muthigen Mann handelt, daß sie diesmal wirkungslos an einem Knaben abgeprallt ist, macht dessen Standhaftigkeit ebenso viel Ehre, wie sie der Behörde ihre Dummheit zeigt, auf die Befinnung eines Menschen einen Zwang ausüben.“

dd. Aus Hinterpommern. 11. Febr. Ueber den Herrn Amtsvorsteher Rittergutsbesitzer v. Mißlaff-Michrow (Ar. Stolp) hatte ein Vertrauensmann des Bauernvereins „Nordost“ sich wegen Verweigerung der gesetzlichen Bescheinigung über die Anmeldung zweier Versammlungen beschwert. Der Stolper Landrath, Herr G. H. Reg.-Rath v. Pulkthorn hatte die Beschwerde als „unbegründet“ jurüdwegewiesen, worauf der Herr Regierungs-Präsident zu Köslin den Herrn Landrath zu Stolp und den Herrn Amtsvorsteher v. Mißlaff zu Michrow darauf aufmerksam gemacht hat, daß die Bescheinigung über die Anmeldung der betreffenden Versammlungen gemäß § 1 des Vereinsgesetzes hätte sofort ertheilt werden müssen.

* [Die „Ronne“ in Ostpreußen.] Bei dem letzten Raupenfraß, der Ostpreußen während großen Schaden zugefügt hat, in den fünfzig Jahren, waren die Nonnenfalter im verheerenden Zug von Russland aus eingezogen und hatten die Raubwälder in einer Weise vernichtet, daß darunter nicht allein die Forstwirtschaft, sondern die ganze Provinz litt. Die vielen jungen Schonungen zeugen noch heute von dem Niederlegen weiler Baumstämme, das damals geboten war. Seitdem sind wir von den gefährlichen Thieren verschont geblieben, bis im vorigen Jahre sich im mäßigen Umfange wieder Raupen besonders im Regierungsbezirk Gumbinnen in den großen Forsten der Kreise Johannisburg, Ortelburg und im Golbaper Kreise bis zur russischen Grenze zeigten. Weil aber der Flug gering war, so hat man anfangs nicht die darin liegende Gefahr unterschätzt. Bestimmte Wahrnehmungen veranlaßten die Forstverwaltung von neuem und in anderen Kreisen eingehende Untersuchungen anzustellen und dabei gelangte man leider zu einem Ergebnis, das man nicht ermarktet hatte. Namentlich in solchen Kreisen, die vorher durchforstet und die der Aufmerksamkeit anfangs entgangen waren, entdeckte man ungeheure Eierschichten dieses gefährlichen Falters. Die Anwendung der stärksten Gegenmaßregeln war geboten und unerschütterlich wurde damit begonnen. Der Landwirthschaftsminister hat den Regierungen in Ostpreußen reiche Mittel zur Verfügung gestellt, und nun wird mit allen Arbeitskräften in den Forsten unter Leitung der Oberforstmeister, Forstärthe, der Inspectionsbeamten gegen die Ronne zu Felde gezogen, namentlich werden die Bäume, an denen sich Eier befinden, geleimt, damit die ausflüchtenden Raupen kleben bleiben und unschädlich gemacht werden.

* Rönigsberg, 10. Febr. Der neue Oberpräsidialrath v. Waldow ist am 2. Januar 1878 als Referendar im Bezirk des Appellationsgerichts Frankfurt a. D. in den Justizdienst getreten, 1881 ging er zur Regierung über und war Referendar bei der Regierung in Danzig. 1884 wurde er zum Regierungsrath ernannt und erst bei der Regierung in Bromberg, dann in Frankfurt a. D. beschäftigt. Nach kurzer Thätigkeit als Hilfsarbeiter im Ministerium des Innern wurde er 1886 Landrath des Kreises Tilschhausen, wo er bis 1892 blieb, um dann das Landrathsamt des Kreises Niederbarnim zu übernehmen. (R. S. 3.)

Ridden, 9. Febr. [„Es wollt ein Schneider wandern.“] Nicht wenig erstaunt war am Morgen des vergangenen Sonntags der Wirth G. von hier, als er im Pferde-stall das Fehlen eines seiner werthvollsten Pferde wahrnahm. Allem Anscheine nach mußte das Pferd in der Nacht aus dem Stalle gestohlen worden sein. Die Sache klärte sich in folgender Weise auf. Ein auswärtiger, hier zur Zeit beschäftigter Schneider wollte am Sonnabend Abend seinen Schatz in Preis besetzen. Da nun aber der Weg nach Preis 9 Kilometer beträgt und die Wegeverhältnisse nicht die besten sind, so zog er es vor, dem Wirth G., bei dem er bekannt war, das Pferd aus dem Stalle zu nehmen und zu seinem Liebsten zu reiten. Im Preis wurde ihm das Pferd durch den Gemeindevorsteher abgenommen und er selbst auf mehrere Stunden eingesperrt.

* Gndthühnen, 10. Febr. Gestern früh fand ein Angestellter des Bankhauses Sudowits, welcher im Bahnhofsgebäude eine staatlich genehmigte Wäschebank unterhält, in dem Gange des Bahnhofsgebäudes ein Briefstück mit 32 000 Rubel. A-führend hat der aus dem Nachbarreiche gekommene Reisende ein Bilet nach Berlin oder darüber hinaus gekauft und die Tasche an sich zu nehmen vergessen oder dieselbe statt in die Rocktasche zu stecken vorbeigelegt, ohne den Verlust jedoch zu bemerken.

Y Bromberg, 11. Febr. In der gestrigen Stadtvorordnungsung genehmigte die Versammlung den Antrag des Magistrats, die Contionspflicht auf diejenigen Beamten zu beschränken, welche eine Baarkasse verwahren.

Bermischtes.

* [Die französische Schauermär von Chateaubain.] Herr Herr Houffange hatte behauptet, daß 1870 auf Befehl des Generals v. Wittich — wenn nicht auf Befehl des Prinzen Adolph von Preußen oder des Herzogs von Sachsen-Meinungen — nach beendigtem Kampfe noch zweihundert Häuser, nur zum Vergnügen, methodisch mit Brandsackeln und Petroleum angezündet worden seien. Diese ungeheuerliche Behauptung hatte der Herzog durch ein von Herrn v. Stein an den „Fiaoro“ gerichtetes Schreiben vom 29. October 1896 widerlegen lassen. Nunmehr berichtet das „Mein. Tagebl.“, daß der Oberhofmarschall Frhr. v. Stein vor kurzem ein von Herrn E. Baudel, Maire von Chateaubain, verfaßtes offenes Schreiben in Broschürenform von demselben jugelndt erhalten hat. In diesem Schreiben sagt Herr Baudel, daß er der in der Broschüre des Herrn v. Stein vom 10. Februar 1897 ausgesprochenen Aufforde-

rung nach Förschung der Wahrheit über den Kampf von Chateaubain nachgekommen und daß das Ergebnis dieser Förschung sei: 1) die vollständige Richtigkeit der Erklärungen des Herzogs von Sachsen-Meinungen und 2) die Zerstörung der Legende, daß das Hotel du Grand Monarque in Chateaubain von deutschen Offizieren angezündet worden sei, oder daß sie dessen Befehle gegehungen hätten, das Hotel selbst anzuzünden. Auch läßt Herr Baudel die Behauptung fallen, daß nach beendigtem Gefechte noch Häuser auf Befehl von deutschen Offizieren angezündet worden seien, doch hält er die Behauptung aufrecht, daß Mannschaften nach beendigtem Gefechte noch einzelne Häuser in Brand gesteckt hätten und beauftragt in einigen nebenstehenden Punkten die Angaben der Regimentsgeschichten. Da es in der Polemik mit Herr Houffange im wesentlichen nur auf die Richtigkeit der ersten drei Punkte ankam, so schließt dieser die Erklärung des Maires von Chateaubain für die deutliche Sache in durchaus befriedigender Weise ab.

Börsen-Depeschen.

Frankfurt, 11. Febr. (Abendbörse.) Oesterreichische Creditactien 308 1/2, Franzosen 294 1/2, Lombarden 72, ungar. 4% Goldr. — italienische 5% Rente 94.30. — Tendenz: still.

Paris, 11. Febr. (Schluß-Course.) Amort. 3% Rente 103.75, 3% Rente — ungar. 4% Goldrente —, Franzosen 731, Lombarden 193, Wähen 22.67. — Tendenz: fest. — Rohzucker: loco 28 1/2, weißer Zucker per Febr. 31 1/2, per März 31 1/4, per Mai-August 32 1/2, per Oct.-Jan. 30 1/2. Tendenz: behauptet.

London, 11. Febr. (Schlußcourse.) Engl. Consoles 113 1/2, 3 1/2% preuß. Consoles —, 4% Russen von 1889 104, Türken 22 1/2, 4% ungar. Goldrente 101 1/2, Aegypter 108 1/2, Pilsn-Liscont 2 1/2, Silber 26. — Tendenz: fest. — Havannaer Act. 12 10 1/4, Ribbenrohzucker 9 1/4. — Tendenz: ruhig.

Petersburg, 11. Febr. Wechsel auf London 3 M. 93.90. Remporh, 10. Febr. (Tel.) Weizen eröffnete stetig, jag im Preise auf günstige europäische Marktberichte und auf bedeutende Entnahmen an, später schwächten sich die Preise etwas ab auf Realisirungen. Vorigen Abende Epporthäufe führten eine abnormale Festigkeit des Marktes herbei. Der Schluß war fest. — Mais besserte sich im Verlaufe auf bedeutende Abnahme der Vorräthe an den Seeplätzen und in Folge von Epporthäufen. Der Schluß war fest.

Remporh, 10. Febr. (Gaus-Course.) Geld für Regierungsbonds, Procentfuß 1 1/4, Geld für andere Sicherheiten, Procentfuß 1 1/4, Wechsel auf London (60 Tag.) 4.83, Cable Transfers 4.86 1/4, Wechsel auf Paris (60 Tage) 5.20 1/2, do. auf Berlin (60 Tage) 94 1/2, Amstern, Lissabon und Santa-Fe-Actien 13 1/2, Canadian Pacific-Actien 88 1/2, Central Pacific-Actien 14, Chicago, Minnauer- und St. Paul-Actien 96 1/2, Denver und Rio Grande Preferred 52 1/2, Illinois-Central-Actien 106, Lake Shore Shares 192, Louisville u. Nashville-Actien 59 1/2, Ne-n. Lake Erie Shares 16 1/2, Remporh-Central, 118 1/2, Northern Pacific Preferred (neue Emission) 67 1/2, ex. Norfolk and Western Preferred (Antirimsantelbeidungen) 55 1/2, Philadelphia and Reading First Preferred 51 1/2, Union Pacific Actien 34, 4% Ver. Staaten-Bonds per 1925 128 1/2, Silber-Commere. Bars 56 1/2. — Tendenz für Geld: leidl. Maarenberndt, Baumwolle-Preis in Remporh 6 1/2, do. für Lieferung per März 5.99, do. für Lieferung per Mai 6.06, Baumwolle in New-Orleans 5 1/2, Petroleum Stand, white in Remporh 5.40, do. do. in Philadelphia 5.35, Petroleum Refined (in Cases) 5.95, do. Credit Balances auf Oil City per März 65. — Sennar, Weizen item 5.27 1/2, do. Rohe u. Broths 5.55. — Mais, Tendenz: fest, per Februar 35 1/2, per Mai 34 1/2, per Juli 35 1/2. — Weizen, Tendenz: fest, rother Winterweizen loco 103 1/2, Meizen per Februar 102, per März 102, per Mai 97 1/2, per Juli 89 1/2. — Getreidefracht nach Liverpool 3. — Raffee Fair Rio Nr. 7 6 1/2, do. Rio Nr. 7 per März 5.65, do. do. per März 5.70. — Mchl. Spring-Wheat clears 4.00. — Zucker 3 1/2. — Sinn 14.00. — Kupfer 11.12 1/2. Chicago, 10. Febr. Weizen, Tendenz: fest, per Februar 98, per Mai 96 1/2. — Mais, Tendenz: fest, per Februar 28. — Sennar, per Februar 5.02 1/2, per Mai 5.07 1/2. — Speck (short) clear 5.37 1/2, do. h per Februar 10.55.

Bericht über Preise im Kleinhandei

in der städtischen Markthalle

für die Woche vom 5. bis 11. Februar 1898.

Erbsen, gelbe zum Kochen per Ailogr. 0.29 bis 0.28 M., Speisebohnen (weiße) per Ailogr. 0.36 M., Linen 0.60 M., Kartoffeln per 100 Ailogr. 3.60—4.00 M., Weizenmehl, feines per Ailogr. 0.30—0.33 M., Roggenmehl, feines per Ailogr. 0.20—0.22 M., Gerst. von Weizen per Agr. 0.40 M., Braupen, feine per Agr. 0.40 M., Gröhe, Buchweizen per Ailogr. 0.45 M., Hafer per Agr. 0.36 M., Reis per Agr. 0.40—0.70 M., Rindfleisch per Ailogr.: Filet 2.00—2.40 M., Keule, Oberschale, Schwanzstück 1.20 M., Brust 1.00—1.10 M., Bauchfleisch 1.00—1.10 M., Kalbfleisch per Agr.: Keule und Rücken 1.00—1.80 M., Brust 1.00—1.20 M., Schutterblatt und Bauch 1.00—1.30 M., Hammelfleisch per Agr.: Keule und Rücken 1.20—1.40 M., Brust und Bauch 1.10—1.20 M., Schweinefleisch per Ailogr.: Rücken- und Rippensteck 1.50—1.60 M., Schinken 1.30 M., Schutterblatt und Bauch 1.30 M., Schweinefleisch 1.20—1.40 M., Speck geräuchert, 1.50—1.60 M., Schinken, geräuchert, 1.50—1.60 M., Schinken, ausgegessen, 1.80—2.00 M., Butter per Ailogr. 1.40—2.20 M., Margarine per Ailogr. 0.78—1.20 M., Eier 0.06 M. per Stück, Rehrämer 12.00—18.00 M., Rehräute 6.00—10.00 M., Eruthuhn 5.00—12.00 M., Kapun 2.00—2.50 M., Suppenhuhn 1.20—1.75 M., Brathuhn 1.00—1.25 M., Gans 4.00—8.00 M., Ente 2.50—3.50 M. per Stück, 2 Tauben 0.90 M., Gante, todt, 0.80 bis 0.90 M., Hefe, todt, 1.00 M. per Ailogr., Mohrrüben, 3 Bunde, 0.19 M., Rahrüben 0.05—0.10 M. per Stück, 1 Kopf Savonerkohl 0.05—0.10 M., Citronen 0.10 M. per Stück.

Konjuner.

(Privatbericht von Otto Gerthe, Danzig.)

Danzig, 11. Febr. Tendenz: ruhiger. 8.95 M. incl. transito franco Ed.

Danzesburg, 11. Febr. Mittags 12 Uhr. Tendenz: ruhig. Februar 9.27 1/2 M., März 9.30 M., April 9.37 1/2 M., Mai 9.47 1/2 M., August 9.67 1/2 M., Ohtbr.-December 9.55 M.

Adenos 7 Un. Tendenz: schwächer. Febr. 9.20 M., März 9.27 1/2 M., April 9.32 1/2 M., Mai 9.42 1/2 M., August 9.62 1/2 M., Ohtbr.-December 9.50 M.

Schiffslitte.

Neufahrwasser, 11. Februar. Wind: N. Gefegelt: Carlos (Ed.), Witt. Gent, Holz. — Adels (Ed.), Krüßfeldt, Hamburg, Güter.

Stremde.

Hotel de Thorn. Neumann a. Rummelsburg, Fabrikant, habe necht Gemalin a. Bütteln, Gutsbesitzer, habe necht Gemalin a. Min-en, Schriftsteler. Habe necht Fr. Zomer a. Bromberg, Jurist, habe necht Gemalin a. Elbing, Aflscher, Raikhe a. Elbing, Staatsanwalt, Dolle a. Elbing, Aflscher, Deqner a. Elbing, Referendar, Frau Dr. Orbanowski a. Berlin, Fr. Dormann und Fr. Brödmann a. Neufahrwasser, Lehrerinnen, Gahly a. Bremerhaven, Oberlehrer, Heimbach a. Rendsb., Freund a. Breslau, Gens a. Herlohn, Deqer und Sandrock a. Berlin, Buhlmann a. Düsseldorf, Kaufleute.

Reisemerkmal für den goldlöden Zehr, Seulleton und Bermischtes Dr. B. Serzinger — ein lokaler und preussischer, Handels-, Marine- und ein ab. (1898) reaktionellen Inhalt, sowie den Unterzeichneten A. Klein, beide in Danzig.

